

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/187

Bonn, den 2. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Respekt vor der Krankenversicherung</u> Sachliche Grundlagen für Reformen notwendig Von Helmut Rohde, MdB	94
3	<u>Verfehlte Schützenhilfe</u> Der Irrtum Gomuikas	43
4	<u>Sammlung der Rechten ?</u> Hemmschuh: <u>Persönliche Rivalitäten</u>	50
5 - 6	<u>Moskau - Madrid</u> Fortschreitende Annäherung zwischen Franco und Chruschtschow Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	88

Chefredakteur Günter Markscheffel

Respekt vor der Krankenversicherung

Sachliche Grundlagen für Reformen notwendig

Von Helmut Rönne, MdB

Die Beratung der Krankenversicherungsreform hat in Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages nach den Parlamentsferien an einem Punkt geführt, an dem man sich fragen muß, ob sich insbesondere die CDU/CSU in einer politischen Verfassung befindet, die ihr grundlegende sozialpolitische Entscheidungen erlaubt.

Das ist der Tatbestand: Seit mehr als vier Jahren ist diese Partei gesetzgeberisch mit der Neuordnung der Krankenversicherung befaßt. In der vergangenen Legislaturperiode ist sie mit diesem Vorhaben gescheitert. Sie war nicht in der Lage, den Meinungsverschiedenheiten in ihren eigenen Reihen Herr zu werden. Ihre Fraktionsbeschlüsse haben gewechselt wie die Jahreszeiten. Obwohl damals mit der absoluten Parlamentsmehrheit ausgestattet, war sie zu keinem sachlich disziplinierten Vorgehen im Bundestag fähig.

1961 hatte sich die CDU/CSU im Angesicht ihrer trüben Erfahrungen geschworen, in Zukunft alles besser zu machen. Sie begann, unter der Führung ihres Arbeitsministers Blank erneut eine Reform der Krankenversicherung vorzubereiten. Der sachverständige Beobachter hat jedoch bald erkennen können, daß diese Partei bereits im Ansatz wiederum den alten Fehlern und Mißverständnissen zusteuerte. Statt die Reform mit einer gründlichen gesundheits- und sozialpolitischen Bestandsaufnahme dessen zu beginnen, was eigentlich reformiert werden soll, setzte wiederum das Puzzlespiel zwischen Blank, seiner Ministerialbürokratie und den Sozialpolitikern der CDU ein. Eine sinnvolle Kooperation zwischen Sozialpolitik und Sozialwissenschaft wurde nicht versucht. Man drehte sich wieder im alten Kreis. Darum ist es nicht verwunderlich, daß die Resultate dieses sogenannten Neubeginns den Trümmern des ersten Reformversuchs ähnlicher sahen, als es wohl der ursprünglichen Absicht entsprach.

In Sachfragen unsicher

Der Öffentlichkeit wurde zwar 1962 bei der Vorlage des zweiten Reformversuchs mitgeteilt, diesmal habe Minister Blank seinen Gesetzesentwurf präzise mit der CDU/CSU vor der Einbringung im Parlament "abgeklärt" und die CDU/CSU stehe unerschütterlich zu den Bestimmungen, die er enthalte. In Wirklichkeit war jedoch die Skepsis nach einem solchen Vorgehen stärker als die Praxis, die den Erklärungen folgen sollte.

Wiederum setzte wie zuvor die Auseinandersetzung um die Grundzüge der Blank-Vorlage ein. Unter den bohrenden Fragen der Sozialdemokraten, ob die CDU wirklich im Ganzen z.B. die Versicherungsgemeinschaft der sozialen Krankenversicherung empfindlich einschränken, ob sie die gesundheitspolitischen und sozialpolitischen Folgen der Blank'schen Kostenbeteiligung in Kauf nehmen und die abträglichen familienpolitischen Wirkungen einer Reihe Gesetzesbestimmungen hinnehmen wolle, brükelte zumindest bei denjenigen CDU-Kreisen, die der sozialen Wirklichkeit näher stehen als ihrem Minister Blank, die zunächst bekundete Verbundenheit mit dem zweiten Reformgesetz ab.

Als im Frühjahr 1963 die Beratungen dieses Entwurfs im Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages einsetzten, zeigte sich die CDU den entscheidenden Sachfragen gegenüber unsicher. Ihre Haltung läßt sich

mit dem Satz charakterisieren: im Prinzip werde der Blank-Vorlage zwar zugestimmt, in den Einzelheiten wolle man aber weitere Überlegungen anstellen. Nun kommt es jedoch bei der konkreten Gestaltung des materiellen Rechts auf diese sogenannten Einzelheiten, die zumeist in Wahrheit die Substanz der Sache bilden, an. Die Beratungen im Ausschuß waren entsprechend. Schließlich ließ die CDU erkennen, daß sie die diesjährigen Parlamentsferien zu einer Klärung benutzen wolle.

Diese Absicht hat sich inzwischen als trügerisch erwiesen. Auch 1963 hat nur die Jahreszeit, aber nicht der Beratungsstil im Sozialpolitischen Ausschuß gewechselt. In diesem Herbst, also Monate nach Vorlage des Regierungsentwurfs Nr. 2, war die CDU nicht in der Lage, ihre Auffassungen zu wesentlichen Sachfragen der Reform vorzutragen.

Seltsame Art von Beratungen

Als z.B. im Sozialpolitischen Ausschuß die von Blank geplante prozentuale Kostenbeteiligung für Arzneimittel behandelt werden sollte, erklärte die CDU/CSU, man wolle die Blank-Absicht zwar modifizieren. Die Art der Modifikation müsse allerdings zunächst noch mit der FDP verhandelt werden. Auch bei anderen wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs brachte die CDU nicht einen Beitrag zur Sache, sondern die These ein, "das muß noch geprüft" werden.

Unter den Erfahrungen dieser seltsamen Art von Beratungen mußten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Eindruck erhalten, daß sich die ursprüngliche Regierungsvorlage im Lager der Koalition weitläufig zu einem Sammelsurium unterschiedlichster Auffassungen und Erwägungen aufgelöst hat. Man muß sich in Übereinstimmung mit weiten Kreisen der in der Bundesrepublik sozial- und gesundheitspolitisch Sachverständigen fragen, wie die Reform unter solchen Voraussetzungen weitergeführt werden soll. Je mehr Paragraphen des Entwurfs in die Beratungen einbezogen werden sollen, umso fragwürdiger muß das bisherige Verfahren werden, weil der Gesamtzusammenhang zwischen den Einzelfragen der Reform völlig verloren zu gehen droht. Die SPD-Abgeordneten haben daraus die Konsequenz gezogen, daß sie erst dann wieder an den Verhandlungen des Sozialpolitischen Ausschusses teilnehmen werden, wenn die anderen Parteien bereit sind, im Ausschuß vorzutragen und zur Diskussion zu stellen, was sie denn eigentlich in der Sache wollen.

Bei der Verfassung, in der sich die CDU/CSU seit Jahren bei der Krankenversicherungsreform präsentiert, ist kein vernünftiger Beratungsstil möglich gewesen. Ihr täte not, in den eigenen Reihen einen Prozess der Besinnung und der Klärung einzuleiten, ohne sie sich weiter auf diesem Gebiete versucht.

Eines sollte um der Sache willen nicht aus den Augen verloren gehen: Die Reform der Krankenversicherung darf in der Bundesrepublik nicht zu einem Abenteuer mit ungewissem Ausgang werden. Das hat diese soziale Einrichtung, mit der rund 90 Prozent der Bevölkerung verbunden sind, die ein Herzstück der deutschen Sozial- und Gesundheitspolitik darstellt und die in ihrem Aufgabenbereich einen hervorragenden geschichtlichen Beitrag geleistet hat, nicht verdient, und das kann sie auch nicht ertragen.

Verfehlte Schützenhilfe

Der Irrtum Gomulkas

Der Herr Gomulka, polnischer KP-Chef und wichtigster Mann Polens, glaubte wohl, Ulbricht einen Gefallen tun zu müssen, als er in einer gemeinsamen, von ihm und dem Unterdrücker Mitteleuropas unterzeichneten Erklärung sich in heftigen, unqualifizierten Angriffen auf die Bundesrepublik erging. Der SED-Diktator braucht dringend Rückenstärkung, die innere Lage des SED-Regimes war niemals rosig, heute sieht sie düster aus. Die Entfernung von Stalinisten aus der Prager Regierung gab Ulbricht einen Schock, sie ist für ihn, den letzten und brutalsten Stalinisten, ein böses Omen. Sein Ansehen, auch in der kommunistischen Welt, steht im niedrigsten Kurs, er, der um internationale Anerkennung seines Regimes ringt, muß sich um Freunde in eigenen Lager bemühen.

Als ein Mann, der nur politisch existieren kann auf dem Boden eines gespaltenen Deutschland, ist Ulbricht der Herr Gomulka wohl willkommen. Die Errichtung der Berliner Mauer erfolgte mit seiner Zustimmung, die Mauer an der Mauer und am Stacheldraht entlang der Zonengrenze erwecken im kommunistischen Polen kein Echo. Man findet sie wohl in Ordnung, obwohl Gomulka selbst das Produkt einer Revolution ist, deren Erfolg durch das Verschwinden des Terrors in eigenen Lande gekrönt war. Dieser innere Widerspruch kennzeichnet die Haltung Gomulkas und seiner Freunde. Sie bestirmt seine Stellung zu Ulbricht; er sieht ihn als notwendiges Werkzeug zur Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands.

In der gemeinsamen Erklärung wird der Anspruch der Bundesrepublik, das ganze Deutschland zu repräsentieren, als Ausfluß einer Revanchepolitik bezeichnet, der Abschluß eines Friedensvertrages mit den "beiden deutschen Staaten" und die Umwandlung Westberlins in eine freie Stadt gefordert - die Formulierungen sind nicht neu, sie entsprechen den Vorstellungen der russischen Deutschlandpolitik, daß sie jedoch in Warschau zu einer Zeit wiederholt werden, die sich um Entspannung bemüht, gibt diesem Treffen Ulbricht - Gomulka eine düstere Note. Gomulka, dem Klugheit und Elastizität nachgerühmt werden, müßte wissen, daß ein Ulbricht niemals ein Repräsentant des deutschen Volkes sein kann, er müßte als Staatsmann, der er sein soll, den Willen der Deutschen, wieder unter einem staatlichen Haus zu wohnen, um als Demokraten leben zu können, auch als Realität werten. Die leidvolle Geschichte seines eigenen Volkes müßte ihn lehren, wie vergeblich es ist, ein Volk wider seinen Willen zu trennen oder einen Teil der Fremdherrschaft zu unterwerfen. Kennt Gomulka nicht die Geschichte seines eigenen Volkes? Hat er, wenn er seinen Blick nach Westen richtet, die Fähigkeit zu differenzieren verloren?

Gomulkas verzerrtes Deutschlandbild ist eine schwere Hypothek für die anlaufenden Bemühungen der Bundesrepublik, den Abgrund zu überwinden, den der zweite Weltkrieg zwischen beiden Nachbarvölkern aufgetan hat.

Sammlung der Rechten ?

Kenntnis: Persönliche Rivalitäten

sp - Die kleinen Parteien ganz rechtsausen auf der Skala in der Bundesrepublik machen seit kurzen alle Anstrengungen, um zu einer Art "National-demokratischer Union" zu kommen, die bei der nächsten Bundestagswahl auftreten und die Fünf-Prozent-Klausel oder zumindest die drei Direktmandate erreichen soll. Am 21. und 22. September tagte die Deutsche Reichspartei in Karlsruhe und am 28. und 29. September die Deutsche Gemeinschaft in der gleichen Stadt. Ein kleiner Parteitag von Bundesvorstand und Bundesausschuß der aus dem Bundestag gedrängten Deutschen Partei steht bevor. Aber auch bei der Gesamtdeutschen Partei, die nur noch in drei Länderregierungen vertreten ist, kreisen Besprechungen und Kontaktaufnahmen verstärkt um die Fusion zu einer weit rechts stehenden politischen Partei.

Zugleich ist auf den Parteitagen von DRP und DG in Karlsruhe sichtbar geworden, daß es vor allem widerstrebende persönliche Interessen sind, die eine Fusion jedenfalls vorerst unmöglich machen. Bei der DP kommt noch hinzu, daß sie nach wie vor bäuerlich orientiert ist und sich jedenfalls zu diesem Zeitpunkt wohl noch nicht überall glatt mit der aus den Vertriebenen hervorgegangenen GDP verschmelzen läßt. Die GDP wiederum steht in der Zwangslage, entweder loyal zu den drei Länderregierungen zu stehen oder sich von demokratischen Parteigeüßte nach rechts abzuwenden. Bei alledem ist die DRP immer noch in die Richtung des nun mit 328 von 356 Delegiertenstimmen wiedergewählten eigenwilligen von Thaddens und des abgesprungenen Professors Kunstmann (Deutsche Freiheitspartei) gespalten.

Zwar hat die DRP, die am stärksten zur Sammlung der Leute von rechts trommelt, inzwischen ihre Schulden von rund 125 000 DM aus Wahlkämpfen und Prozessen abgedeckt, aber die Zahl der Mitglieder ist in den letzten Jahren von etwa 25 000 auf 6 000 zusammengeschnitten. In Karlsruhe gelang es von Thaddens, sich wieder nach vorn zu bringen. Sein Stellvertreter Maier-Dorn tat ein Übriges, indem er einige Ideologien der angestrebten "Nationalen Opposition" unter frenetischem Beifall der Delegierten preisgab. So sagte der Stellvertreter: "Herr Adolf Hitler hat bis Kriegsausgang für die Aufrüstung 90 Milliarden aufgebracht. Die Bundesrepublik hat in einer Zeit jahrzehntelangen Rüstens einen Humpen fertiggebracht, der zu weiter nichts wert war, als die deutsche Wirtschaft zu schwächen ... Alle Welt spricht davon, daß Herr Erhard den Aneverkauf mit Hilfe der Amerikaner vorantreibt."

Nun, es scheint alles darauf hinauszulaufen, daß wir eine Union der rechtsnationalen Oppositionellen unter von Thaddens DRP, Haugleiters DG und Seiboths GDP wohl vorerst nicht erleben werden und daß auch dem Zusammengehen der rechten Gruppen in Bremen mit der DP kein bleibender Erfolg beschieden sein wird. Dennoch gilt es aufmerksam zu sein. Der GDP-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Dr. Beer, und der DRP-Führer, Fallschirmgeneral Ramcke, trommeln seit einiger Zeit den gleichen Rhythmus. Dieser Rhythmus besteht in einer rechten Variante der de Gaulle'schen Ideologie, der neuerdings offenbar auch Ex-Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss - jedenfalls soweit es NATO-Konzeptionen angeht - das Wort zu reden scheint. Auf alle Fälle sind sich diese Leute darin einig, daß die Amerikaner unter Kennedy nicht mehr so ganz der richtige Partner für die Bundesrepublik sind.

Moskau - Madrid

Fortschreitende Annäherung zwischen Franco und Chruschtschow
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Eines der interessantesten Kapitel der gegenwärtigen Ost-West-Situation ist die langsam aber sicher fortschreitende Annäherung zwischen der Sowjetregierung und Franco-Spanien. Im Frühjahr dieses Jahres richtete Moskau an Spanien ebenso wie an die Mittelmeerstaaten des Atlantikpakt eine Denkschrift, in welcher der sowjetische Plan einer atomfreien Zone im Mittelmeer dargelegt wird. Die Madrider Regierung wies in ihrer Antwort darauf hin, daß Spanien dem Atlantikpakt nicht angehört, daß auf spanischem Territorium keine Atombomben stationiert sind und daß Rota, der einzige Stützpunkt, der eventuell in eine Atombasis umgewandelt werden könnte, nicht am Mittelmeer, sondern an der Atlantikküste liege. In der daraus entstehenden Diskussion stellte man fest, ein Gespräch und eine Annäherung der Standpunkte zwischen Madrid und Moskau seien durchaus möglich...

Spanische Gester

Die Regierung des Generalissimus Franco entschloss sich letztlich, das - zuerst von der Falange verurteilte - Moskauer Atomteststopp-Abkommen zu unterzeichnen. Die spanische Presse knüpfte daran Betrachtungen über die mögliche "Rückkehr Russlands nach Europa".

Man kann die Weite des Weges ermessen, der seit einiger Zeit von der spanischen Regierung zurückgelegt wurde, wenn man bedenkt, daß die Propaganda des Franco-Regimes bei jeder Gelegenheit Moskau als "Hauptfeind der Menschheit" bezeichnet hat.

Anlässlich der Erdbebenkatastrophe in Skopje schickte die Franco-Regierung Hilfspakete nach Jugoslawien. Man muß hier daran erinnern, daß Marschall Tito seinerzeit aktiver Kommandant der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg war.

Ein sportliches Ereignis unterstreicht nicht minder die Annäherung zwischen den beiden Ländern: die spanische Basketballmannschaft durfte im Juli in Moskau an den Endspielen der Europameisterschaften teilnehmen. Der Direktor der spanischen Presseagentur EFE fuhr bei dieser Gelegenheit nach Moskau und veröffentlichte nachher eine aufsehenerregende Artikelserie über die Sowjetunion. Ein Austausch von Journalisten und Pressebüros zwischen Spanien und der Sowjetunion wurde erwogen.

Sowjetische Schritte

Die Annäherungsversuche von sowjetischer Seite sind noch weittragender. Da ist einmal die betonte Zurückhaltung der sowjetisch-kommunistischen Propaganda angesichts des gegenwärtigen Bergarbeiterstreiks, der seit einem Vierteljahr in Asturien und einigen angrenzenden Provinzen fort dauert. Die Zurückhaltung der Sowjetpresse zu diesem wichtigen Ereignis der spanischen Innenpolitik wurde letztlich

von spanischen Regierungsstellen anerkannt. Es ist bezeichnend, daß die Annäherung Moskau-Madrid gerade auf Kosten der streikenden Arbeiter Asturiens erfolgt. Das hindert Francos Propagandastellen nicht, diese Streikenden immer wieder als "kommunistisch" hinzustellen. Man weiß allerdings, daß die spanischen Arbeiter und Bauern einer alten Tradition entsprechend durchaus keine Sympathien für den autoritären und totalitären Kommunismus empfinden und vielmehr zu sozialdemokratischen oder anarcho-syndikalistischen Auffassungen neigen.

Man begnügt sich in Moskau nicht mit Floskeln oder diplomatischen Schweigen. Die sowjetischen Staatsgewerkschaften haben in Madrid einen Besuch bei den spanischen Staatsgewerkschaften angemeldet. Der Kontakt zwischen den Spitzen beider Organisationen, die von wirklichen Gewerkschaften ungefähr gleich weit entfernt sind, wird gewiß interessante Aufschlüsse über die Entwicklung in den beiden Lagern geben. Die Sowjetgewerkschaften äußerten schon vor 18 Monaten - über die UNESCO - den Wunsch, den spanischen Gewerkschaften einen Besuch abzustatten; in der Begründung heißt es, daß die sowjetischen Gewerkschaften an den "Leistungen" der spanischen Syndikate "lehaft interessiert" seien.

Madrid hat dieses Gesuch der Sowjetgewerkschaften im letzten Sommer bewilligt. Der Besuch sollte im September 1963 stattfinden, wurde aber auf Beschluß der russischen Gewerkschaftsführung bis zum Jahresende verschoben, und zwar laut "Trud" (Zentralorgan der Sowjetgewerkschaften) als "Solidarität mit den asturischen Bergarbeitern, die im Kampf gegen ein Regime stehen, das die Sowjetunion ablehnt".

Diese Begründung verrät eine gewisse Verlegenheit der kommunistischen Gewerkschaftsbürokratie, die ja selbst um den Besuch bei Francos "Gewerkschaften" ersucht hat und diesen nun bis zum Jahresende verschiebt, anscheinend in der Annahme, der asturische Streik werde bis dahin beigelegt sein. An Wesen des Franco-Regimes dürfte dies nichts ändern.

Man wird aber hier wieder mit Nachdruck daran erinnert, daß der Widerstand des spanischen Volkes, von Francos Propaganda immer wieder als "kommunistisch" abgestempelt, in Wirklichkeit unter vorwiegend freiheitlich-sozialistischem und freigewerkschaftlichem Einfluß steht. Das dürfte aufgrund der Annäherung Moskaus an das Franco-Regime und an die von den spanischen Arbeitnehmern boykottierten Staatsgewerkschaften noch deutlicher zum Ausdruck kommen.

An Golde hängt ...

Die wichtigste Frage zwischen Madrid und Moskau liegt aber doch in den 500 Tonnen spanischem Gold, die 1939 von der letzten spanisch-republikanischen Regierung in Russland hinterlegt und von Madrid vergeblich zurückgefordert wurden. Für Chruschtschow stellen sich damit heikle Fragen. Soll er Stalins Baute herausgeben? Kann er dieses Gold den Herkern des spanischen Volkes ausliefern? Es scheint, daß sich Fachleute der beiden Staaten demnächst mit diesem "gewichtigen" Problem (500 t. Gold) befassen sollen. Die russisch-spanische Verständigung trat damit in ein entscheidendes Stadium.